

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei G. J. Alric & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Streifand, in Reseritz bei Ph. Matthias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung. Neunzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. J. Danne & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Grätz beim „Invalidentank“.

Nr. 460.

Das Abonnement auf dieses Blatt drei Mal so theuer als dasjenige auf die Posener Zeitung für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Mittwoch, 4. Juli.

Das Abonnement auf dieses Blatt drei Mal so theuer als dasjenige auf die Posener Zeitung für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

1883.

Politische Uebersicht.

Posen, 4. Juli.

Auffallender Weise sind es gerade die eifrigsten Vorkämpfer des Dortmund-Emschäfen Kanals, welche das ablehnende Votum des Herrenhauses auch hinsichtlich seiner Wirkung mit der Ablehnung der Samoa-Vorlage im Reichstage in Verbindung bringen und es als selbstverständlich erachten, daß die Regierung darauf verzichten werde, dem Landtage eine neue Vorlage zu machen. Der Vergleich der Samoa-Vorlage, deren Annahme nichts anderes als die Gewährung einer Reichshilfe an eine bankrotte Firma gewesen wäre, mit einem Gesetz, welches der rheinisch-westfälischen Montanindustrie den Absatz ihrer, einer erheblichen Steigerung fähigen Produktion erleichtern sollte, entspricht der Tendenz, welche in der Herrenhausfikung vom Sonnabend vorherrschte und die „den Sieg des Großgrundbesitzes über das Proletariat“, wie ein rheinisches Blatt das Herrenhausvotum nennt, zur Folge hatte. Die Regierung würde, indem sie auf die Herstellung von Schiffahrtskanälen überhaupt verzichtete, den Beweis liefern, daß dieser Sieg ihr nicht so antipathisch ist, als es den Anschein hat.

Die in den Tagen vom 21. bis 31. August in Straßburg tagende Versammlung deutscher Forstmannen wird nach Mittheilung der „Nordb. A. Z.“ sich u. a. mit einem Vorschlage zu beschäftigen haben, wonach nach Analogie des deutschen Landwirtschaftsraths die Bildung eines Centralorgans der Angelegenheiten des deutschen Forstwesens in Vorschlag gebracht ist. Ein vom Forstmeister Tillmann-Wiesbaden aufgestellter Statuten-Entwurf für einen deutschen Reichsforstverein ist bereits den Landesforstvereinen zur Vorberathung unterbreitet.

Im Wahlkreise Liebenwerda-Torgau waren Seitens der Liberalen eine Anzahl von Versammlungen kurz vor dem angesetzten Wahltermin angelegt, und die Veröffentlichung eines Verzeichnisses dieser beantraumten Versammlungen in einem Lokalblatt soll dem Vernehmen nach die Veranlassung zu der Aufhebung des Wahltermins wegen angeblich dringender Erntearbeiten gewesen sein. Jene Versammlungen haben nun trotz der hinauschiebung des Wahltermins stattgefunden. Es hat z. B. am vorigen Sonntag der Abg. Richter in Torgau, am 30. Juni und 1. Juli haben die Reichstagsabgg. Dr. Meyer-Halle in Belgern, Fichtenberg und Mühlberg, Bölfel und Westphal in Eigenroda, Schilbau und Audenhain, Dr. Ebert in Dommitzsch, Prettin und Naundorf gesprochen. Die Versammlungen waren trotz der sehr ungenügenden Zeit recht zahlreich besucht, und die Aufnahme ließ nichts zu wünschen übrig. Nur scheint Niemand das Glück gehabt zu haben, daß sich ihm Opposition gegenüberstellte, wie Herrn Reichstagsabg. Schrader acht Tage vorher der freilustige Pastor von Gröden. Infolge der Maßnahmen der Regierung, der Aufschubung des Wahltermins, der Sonntagsverordnung, der Willkür vieler Amtsvorsteher und des Ueberseifers orthodoxer Pastoren ist die Stimmung in dem Wahlkreise jetzt eine derartige geworden, daß mit Sicherheit auf einen liberalen Wahlsieg gerechnet werden kann, wenn die Liberalen auch ferner nicht die Hände in den Schoß legen, sondern ihre Schuldigkeit bis zu Ende thun.

Durch den Tod des Reichstagsabg. Professor Arnold wird der Wahlkreis Marburg erledigt. Arnold gehörte der konservativen Partei an und war mit 5749 Stimmen gegen 3639 nationalliberale Stimmen gewählt worden.

Die französischen Monarchisten sind durch die Nachricht von der plötzlichen, nicht unbedenklichen Erkrankung des Grafen Chambord außerordentlich erregt worden und scheinen, trotzdem kalmirende Bulletins ausgegeben werden, den tödtlichen Ausgang voraussehen. Die republikanischen Blätter verhalten sich der Nachricht gegenüber ziemlich kühl und bemerken höchstens, daß die durch Chambord's Tod herbeigeführte Vereinigung der monarchistischen Parteien vor dem Jahre 1875 eine ernste Gefahr für die Republik hätte werden können, daß die Republik aber jetzt auch solcher Vereinigung gegenüber stark genug sei.

In Dänemark werden bekanntlich von der Volkspartei hauptsächlich unter Führung des Abg. Berg große Versammlungen veranstaltet, in denen Resolutionen gegen das konservative Ministerium Estrup angenommen werden. Die erste dieser Versammlungen, welche im Herthaborg stattfand, entsandte eine Deputation an den König Christian, welche auch empfangen wurde, die angenommene Resolution überreichte und ihr volles Vertrauen zum liberalen Folkething aussprach. Die ablehnende Antwort, welche der König der Deputation gab, ist seiner Zeit mitgetheilt worden. Es fanden darauf weitere Massenkundgebungen der Linken auf Lolland, bei Wendenborg und schließlich bei Standeborg statt. Alle diese Versammlungen waren jedesmal von über 10,000 Personen besucht. Der König befand sich, während die Versammlungen auf Lolland und bei Wendenborg abgehalten wurden, im Bade in Deutschland; Deputationen konnten also um König nicht entsandt werden. Mittlerweile ist König Christian

wieder nach Dänemark zurückgekehrt. Die letzte Versammlung in Standeborg beschloß daher wie die Hertha-Versammlung eine Deputation mit einer Adresse zu entsenden. Der König ließ derselben jedoch in Aalborg antworten, daß er die Deputation nicht empfangen wolle, da weder Ort noch Zeit der Ueberreichung politischer Adressen angemessen sei. Im Uebrigen verweise der König auf die Antwort, welche er am 26. Mai gelegentlich einer ähnlichen Eingabe ertheilt hatte. Es fand keinerlei Demonstration statt. Die Linke wird, wie es heißt, ihre Demonstrationen gegen das Ministerium Estrup durch massenhafte Volkskundgebungen fortsetzen. Der König will das Ministerium Estrup nicht fallen lassen, Aufhebungen des liberalen Folkething haben die Liberalen und Volksparteiler nicht geschwächt. Seit Jahren sind positive legislatorische Schöpfungen in Dänemark nicht zu Stande gekommen; wann und wie der Zwiespalt zwischen Kammer und Ministerium endigen wird, ist noch nicht abzusehen, dem Lande zum Heile gereicht er sicherlich nicht.

In nicht allzulanger Zeit dürften interessante Nachrichten aus Congo nach Europa gelangen; man stellt übrigens der von Herrn v. Brazza geführten französischen Expedition jetzt schon kein günstiges Prognostikon. Die Franzosen, welche Ponta Negra okkupirt haben, meldet man aus Zaire, 25. Mai, nach Bissabon, leiden große Noth; die Portugiesen und die Neger haben bis heute ihr Wort, den Franzosen keine Nahrungsmittel zu verkaufen, treu gehalten. Drei portugiesische Kriegsschiffe verließen das französische Kriegsschiff „Sagittaire“ nicht aus den Augen. Brazza ist von Gabon mit den Leuten seiner Expedition ins Innere abgereist. Im Expeditionskorps Stanley's befinden sich 400 Chinesen und 300 Neger; viele belgische und mehrere ehemalige deutsche Offiziere haben Stanley ihre Dienste angeboten. Nach Allem zu schließen, bereitet sich der Zusammenstoß zwischen Stanley und Brazza langsam, aber sicher vor. Dem „Commercio do Porto“ wird gleichfalls aus Zaire berichtet, daß am 16. d. M. der englische Dampfer „Bonny“ in Banana eingetroffen; auf demselben seien mehrere belgische Offiziere gewesen, die sich Stanley zur Verfügung stellen wollten; außerdem habe das englische Schiff 100 Neger für die Expedition Stanley's mit sich geführt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 3. Juli. [Die Jacobini'sche Note. Zur Kanalfrage.] Herr v. Gofler ist sicher sehr froh, daß die Angaben des „Moniteur de Rome“ über den Inhalt der letzten Note des Kardinals Jacobini an Herrn von Schöler nicht vor dem Schluß der Landtagsession erfolgt sind, so daß sie etwa noch im Abgeordnetenhaus Gegenstand einer Diskussion hätten werden können; denn das kleinlautere Verhalten der konservativen Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß diese päpstlich-offizielle Inhaltsangabe auch in den konservativen Kreisen als Bestätigung des Fiascos des mit der Novelle gemachten Versuches betrachtet wird, unter für die preussische Staatsgewalt annehmbaren Bedingungen wenigstens die Benennung der Pfarrer und sonstigen fest angestellten Geistlichen zu erlangen — wenn die konservative Presse es auch nicht Wort haben will. Es wird die Frage aufgeworfen; ob unter solchen Umständen die Sanktion des Gesetzes und seine Ausführung erfolgen werde; doch ist hieran nicht zu zweifeln. Außerlich ergeht sich dies schon aus dem Umstande, daß die Regierung noch gestern im Herrenhause dafür eingetreten ist, obgleich die letzte Jacobinische Note bereits seit zehn Tagen in ihren Händen ist; es entspricht aber auch der notorischen jetzigen Auffassung der kirchenpolitischen Lage seitens des Fürsten Bismarck, der, wie wir mehrfach erwähnt, durch Hebung der „Noth der Seelsorge“ zunächst der Opposition der katholischen Wähler ihre Schärfe nehmen zu können hofft, danach aber durch Verhandlung oder durch Zwang einen Theil des vom Staate durch die Fall'sche Gesetzgebung okkupirten Gebietes dauernd festhalten zu können glaubt. Aber wie durchaus schwankend und unsicher die Vorstellungen betreffs der Mittel hierzu sind, das hat Herr v. Gofler durch seine gestrige Rede im Herrenhause wieder dargehan, die abermals die Idee der Trennung von Staat und Kirche drohend im Hintergrunde auftauchen ließ, ohne daß doch irgend jemand — im Vatikan vermutlich ebenso wie hier — einem konservativen Ministerium den Muth zu diesem Schritte zutraute. Es ist freilich aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß Herr von Gofler in die weiteren kirchenpolitischen Absichten des Fürsten Bismarck äußerst wenig eingeweiht ist, daß er während der letzten Wochen im Landtag die kirchenpolitik der Regierung nur nach Instruktionen des Kanzlers, welche lediglich immer den nächsten Schritt betrafen, zu vertreten hatte; aber es ist auch höchst zweifelhaft, ob eine weiter reichende Disposition betreffs der ferneren Schritte auch nur bei dem Fürsten Bismarck vorhanden ist; und das ist Angesichts der planvollen Hartnäckigkeit der Kurie gerade die Gefahr für das staatliche Interesse. — Alle Versicherungen über das gleichmäßige Interesse, welches alle

Mitglieder der Regierung für den vom Herrenhause verworfenen Kanalbau Dortmund-Emschäfen gehabt hätten, können nichts an der Thatsache ändern, daß der Einfluß der Regierung im Herrenhause nicht mit irgend erkennbarem Nachdruck zum Gunsten des Projekts geltend gemacht worden, Niemand wird zum Beispiel glauben, daß der dem Kanzler politisch und persönlich so nahe stehende Präsident des Herrenhauses, der Herzog von Ratibor gegen ihn, oder daß ein General, wie Fürst Hohenlohe-Ingelfingen, gegen Moltke gestimmt hätte, wenn nicht allgemein die Ansicht verbreitet gewesen wäre, man habe eine „offene Frage“ vor sich. So weit der Regierungseinfluß geltend gemacht wurde, ist es nur durch Herrn v. Bötticher geschähen; er selbst trat dabei als Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe, des Fürsten Bismarck auf, aber unbeschadet seiner formellen Berechtigung hierzu fragt es sich, ob nicht Herr v. Bötticher selbst mindestens der Pfleger dieses Kanalprojektes ist; man hat noch zu wenig den Zusammenhang zwischen der energischeren Betreibung desselben und der vorjährigen Rundreise des Ministers in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk beachtet. Herr v. Bötticher nun konnte wohl die abermalige Einbringung der Vorlage bewirken, aber für mehr reicht seine Autorität nicht aus. Beachtenswerth ist ferner, daß auch bei diesem Anlaß die Uebereinstimmung zwischen agrarischen und industriellen Schutzgößen hervorgetreten ist.

Die 16 Mitglieder des Herrenhauses, welche gegen die kirchenpolitische Vorlage stimmten, sind: v. Bernuth, Beseler, v. Bethmann-Hollweg, Bötticher (Magdeburg), Camphausen, Dernburg, Dove, Friedländer, Gache, Osiermeyer, Pohl, Strudmann, Sulzer, Ubbelohde, Wetzel, Wever; der Abstimmung enthält sich Graf York v. Wartenburg.

Nach dem soeben zur Ausgabe gelangten Matheft der Monatshefte zur Statistik des deutschen Reichs betrug die Zahl der im Mai d. J. aus dem Reiche Ausgewanderten 25,184 und in der Zeit von Anfang des Jahres bis Ende Mai 80,813. Im Jahre 1882 betrug die entsprechende Ziffern 27,537 und 102,324, 1881 29,680 und 102,519, in allen früheren Jahren bis 1872 zurück waren die bezüglichen Ziffern bedeutend geringer, 1877 am geringsten, nämlich 3039 und 9346.

Von deutschen Offizieren werden in diesem Jahre bei den Manövern der französischen Armee anwesend sein: Der Chef des Generalstabes des 3. Armeekorps, württembergischer Oberstlieutenant Frhr. v. Faldenstein und der erste Adjutant des General-Feldmarschall v. Moltke, Major v. Gofler, vom 1. Hessischen Husaren-Regiment Nr. 13. — Sehr stark werden die fremden Armeen bei den diesjährigen Kaisermanövern des 11. Armeekorps vertreten sein, die besonders glänzend ausfallen dürften, schon weil kein anderes Korps so viele regierende Fürsten als Chefs und Inhaber von Regimentern aufzuweisen hat. Den Herbstübungen des 11. Armeekorps gehen die des 4. Armeekorps voraus, welche letztere mit einer großen Parade auf dem Schlachtfelde von Rossbach abschließen werden.

Hamburg, 3. Juli. (Telegramm.) Die internationale landwirthschaftliche Thier-Ausstellung ist heute Vormittag 11 Uhr eröffnet worden. Der Vorsitzende der Ausstellungs-Direktion, Albertus von Ostendorf, hielt eine Ansprache, in welcher er auf die hohe Bedeutung der Landwirtschaft hinwies, allen mitwirkenden und den die Ausstellung fördernden Staatsregierungen dankte und sodann den Ehrenpräsidenten Bürgermeister Dr. Kirchner ersuchte, die Ausstellung zu eröffnen. Dieser gedachte zunächst dankend der Verdienste, des Muthes und Eifers der Ausstellungs-Kommission, erwähnte ebenfalls unter Ausdrücken des tiefsten Dankes der Beihilfe der hohen Souveräne, sowie der Regierungen Deutschlands und des Auslandes, durch welche es möglich war, das Werk zu einem internationalen zu machen. Für Hamburg allein wäre das Werk ohne Zweck und Bedeutung, ohne Wirkung und Nutzen. „Unser Länderbestitz ist gering, die Zahl unserer Heerden ist klein, die fetten Weiden, die sie nähren, sind den Fluthen des Meeres abgewonnen. Das fluthende Meer ist noch jetzt der Grund und Boden unserer Kraft. Wenn wir, nicht ohne Befriedigung, auf unsere tausendjährige Geschichte zurückblicken, so weist sie uns nicht auf den Boden, den unsere Väter bauten, sondern auf das schrankenlose Meer, welches unsere Vorfahren durchpflügten, um den entferntesten Ländern den Handel und mit dem Handel die Keime der heimathlichen Kultur zuzuführen. In diesem Seehandel liegt das bindende Glied, welches unsere Arbeit mit der des Vaterlandes verbindet. Der Seehandel mit seinem auch dem Inlande zu Gute kommenden Früchten, Wirkungen und Folgen gab unseren Mitbürgern den Muth, das Bewußtsein und die Hoffnung, daß das Werk dem theuren deutschen Vaterlande von bleibendem Nutzen sein werde.“ Sodann erklärte der Redner mit einem von den Anwesenden mit Enthusiasmus aufgenommenen Hoch auf Se. Majestät den

Kaiser, die Ausstellung für eröffnet. Hierauf erfolgte ein Rundgang der Ehrengäste durch die Ausstellung unter Führung der einzelnen Abtheilungschefs. Von Ehrengästen waren anwesend: der Ehrenpräsident der Jury, Herzog von Koburg-Gotha, der preussische Gesandte Frhr. v. Wenzel, der Ministerpräsident Dr. Krüger, die Mitglieder des Senats, das Offiziercorps u. A. Die Ausstellung war ziemlich stark besucht.

Graz, 2. Juli. Der Kaiser empfing heute verschiedene Deputationen und besichtigte die anlässlich der Feier der 600jährigen Regierung des Hauses Habsburg veranstaltete kulturhistorische Ausstellung, überall von der Volksmenge enthusiastisch begrüßt.

Wien, 3. Juli. Ein Wiener Artikel des „Besten Lloyd“ schildert, gestützt auf an maßgebender Stelle eingeholte Informationen, die Stimmungen, welche gegenwärtig im Schooße der Regierung herrschen. Die Regierung könne die Existenz der sogenannten Eisenbahn-Zentralisierungsfrage nicht zugeben; die Eisenbahnpolitik der Regierung basire bloß auf den wirtschaftlichen Bedürfnissen und habe mit nationalen oder parteipolitischen Erwägungen nichts zu schaffen. Wien müsse der Sitz aller Zentralbehörden bleiben; allein mit Rücksicht auf den kommerziellen und technischen Dienst sei die Schaffung von Unterbahnämtern notwendig, gegen deren Errichtung bei dem westlichen Theile des Staatsbahnetzes selbst die Opposition nichts einzuwenden hätte. Es sei auch keineswegs ausgemacht, daß derlei Ämter in den Landes-Hauptstädten kreirt werden, sondern dieselben sollen dort errichtet werden, wo es die Interessen des Verkehrs und die strategischen Verhältnisse erheischen. In dieser Beziehung werde die Regierung die Ziele und Absichten der leitenden militärischen Kreise fördern, nach dieser Seite hin kenne sie keine Transaktionen, Konzessionen und Kompromisse. Betreffs der Behauptung, die innere österreichische Politik widerstrebe den Bedingungen des deutsch-österreichischen Bündnisses, vindiziert der Artikel dem Grafen Taaffe das Verdienst, gerade die Gedanken dieser Allianz befestigt, popularisirt und die panslawistische Partei in Böhmen verschwinden gemacht zu haben; sowie das bei einem großen Theil der Bevölkerung herrschende Mißtrauen gegen die Absichten Deutschlands beseitigt und alle Parteien überzeugt zu haben, daß Deutschland den Frieden wünsche und im deutsch-österreichischen Bündnisse ein Unterpfand desselben erblicke. Von der Slavisirung Oesterreichs könne keine Rede sein, aber auch die Germanisirung sei zum deutsch-österreichischen Bündnisse nicht notwendig. Ein freies Oesterreich, welches seinen Nationalitäten zur Entwicklung ihrer Individualität den weitesten Spielraum gewährt, entspreche auch besser den Intentionen Deutschlands, als ein Oesterreich, welches nationale Märtyrer schaffen wolle.

Paris, 30. Juni. Der Kriegsminister General Thibaudin legte der Kammer einen Gesetzentwurf über Wiederanwerbung von Unteroffizieren vor. Die Wiederanwerbung soll auf wenigstens ein Jahr oder höchstens drei Jahre stattfinden; die auf drei Jahre abgeschlossene soll drei Mal erneuert werden können. Wenn sich ein Unteroffizier nach seiner dreijährigen gesetzlichen Dienstzeit auf drei weitere Jahre anwerben lassen will, so erhält er eine Summe von 1500fr, welche der Staat mit fünfprozentiger Verzinsung in Verwahr nimmt. Der Unteroffizier erhält außerdem sofort 500fr Handgeld und eine tägliche Zulage von 30c. Es macht dies, die Verzinsung eingerechnet, eine jährliche Gehaltszulage von 351fr aus. Die zweite Wiederanwerbung giebt das Anrecht auf weitere 500fr, welche zu den ersten 1500fr hinzugefügt werden, so wie auf ein sofort zu zahlendes Handgeld von 300fr und 50c tägliche Zulage. Es ergibt sich daraus eine jährliche Zulage von 382fr. Außerdem hat er nach seiner zweiten Wiederanwerbung das Anrecht auf eine Civilanstellung. Bei der dritten Wiederanwerbung giebt man dem Unteroffizier ein Handgeld von 300 fr. und eine Solbzulage von 60 c täglich; er erhält also jährlich 419 fr mehr als der einfache Sold beträgt. Nach 12jährigem Dienst hat der Unteroffizier außerdem nicht bloß Anspruch auf eine Civilanstellung, sondern auch auf eine Pension von 4—500 fr, falls er diese der Civilanstellung vorzieht. Außerdem wird ihm sein Kapital von 2000 fr ausbezahlt. Die Unteroffiziere, welche nach ihrer gesetzlichen dreijährigen Dienstzeit bloß 1 Jahr weiter dienen, erhalten nur die Solbzulage von 30 c täglich, aber kein Handgeld. Das neue Gesetz wird keine besondern Mehrausgaben verursachen. Wenn das in dem betreffenden Gesetzentwurf festgestellte Maximum von 26,000 Wiederangeworbenen erreicht werden sollte, so wird man nur 1 Million mehr verausgaben, als das Gesetz von 1881 dies vorgeesehen hat; doch scheinen hierbei die Pensionen nicht eingerechnet zu sein.

Brüssel, 2. Juli. Heute Abend fand hier eine ziemlich lebhaft von verschiedenen fortschrittlichen Vereinen Brüssels und der Provinz veranstaltete Kundgebung der Bevölkerung zu Gunsten der Revision des Art. 47 der Verfassung (Ausdehnung des Stimmrechtes) statt. Dem Präsidenten der Kammer wurde eine Petition zugestellt und dem Deputirten Janson, welcher eine beifällige aufgenommene Rede hielt, eine Adresse. Nach einer Demonstration vor den Ministerien zerstreute sich die Menge wieder. Jrgend welche Ruhestörungen fanden nicht statt.

Washington, 3. Juli. Die Schulb der Vereinigten Staaten hat im Monat Juni um 18,100,000 Dollar abgenommen. Bis ultimo Juni befanden sich in der Staatskasse 345,390,000 Dollar.

Der Tisza-Eszlauer Prozeß.

Aus Nyiregyhaza, 2. Juli, wird berichtet: Gestern trafen hier im Auftrage der Tisza-Eszlauer Juden die dortigen Bewohner Eßmann, Großberg, Einborn und Wertheim ein, um den Vizegespan Joltan zu bitten, er möge angesichts der Ausbreitungen, denen sie seit einigen Tagen ausgesetzt sind und die sie in hohem Grade beunruhigen, Verfügungen treffen. Der Vizegespan schickte sechs Gensdarmen mit strengen Instruktionen nach Tisza-Eszlar. Ferner langten hier mehrere jüdische Frauen an, welche erzählten, die Menge in Tisza-Eszlar werde seit drei Tagen von einigen fremden Herren gegen die Juden aufgebeht. Obergespan Graefel ließ die Südninnen

rufen und gab ihnen ein Schreiben an den Tisza-Eszlauer Ortsrichter indem er versicherte, daß Alles geschehen werde, um weitere Exzesse zu verhindern. — Ueber den bereits gemeldeten Exzeß gegen den Staatsanwalt Szeyffert wird folgendes Nähere bekannt: Ein Individuum, Namens Jarandi, welches allgemein als Berichterstatter eines antisemitischen Blattes bezeichnet wird, schickte gestern Abends in die Loge des Staatsanw. Szeyffert, welcher der Theatervorstellung anwohnte, eine Visitenkarte, die Schmähungen gegen letzteren enthielt. Szeyffert übergab die Karte dem Vize-Stadthauptmann; dieser zitierte Jarandi und bedeutete ihm im Auftrage des Vizegespans, er möge die Stadt sofort verlassen, weil er sonst zwangsweise abgehoben würde. Jarandi hat nun Nyiregyhaza verlassen; die gerichtliche Verfolgung desselben ist eingeleitet. — Wie verlautet, hat Präsident Kornis gegen den Ranzlisten Koloman Beczely eine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet, weil dieser bei seinem Amtsantritte ein falsches Curriculum vitae eingereicht hat, in welchem er sein Vorleben verheimlichte.

Nyiregyhaza, 3. Juli. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung konstatierte der Verteidiger Friedmann, daß die erste Aussage Gerscho's, in der er sich unschuldig bekannte, durch Vermittelung eines griechischen Geistlichen in das Protokoll aufgenommen wurde, während bei den übrigen Vernehmungen ein Gefängniswärter den Dolmetscher machte. Der Angeklagte mußte ungarische Protokolle unterschreiben, von denen er kein Wort verstand. Der Fiskler Janak Matei erzählte die bekannte Leichenschmuggelgeschichte, die er bereits vor dem Gericht seiner Heimath zurückgezogen hatte und sagt Gerscho, der ihn ein Kläger nennt, ins Gesicht, daß er ihm geholfen habe, die Leiche anzufleiden. Der Verteidiger Götvös erklärt, daß der Zeuge von der Zeugenpräparierungssache, die da ihr Spiel treibe, bearbeitet worden sei. Die Leute horchten an den Thüren und das Publikum machte mit den Besatzungszeugen gemeine Sache. (Großer Tumult im Publikum.) Götvös bemerkt, daß Matei Wort für Wort dasselbe sage, was der Untersuchungsrichter in seinem Namen niedergeschrieben habe, so daß es offenbar sei, daß die Worte einstudirt wurden. Matei hätte vor dem Gericht in seiner Heimath gestanden, daß man ihn durch allerlei Mißhandlungen zum Geständniß gezwungen habe. Wenn er jetzt den Leichenschmuggel wiederzähle, so müsse er bearbeitet sein. Zum Schlusse der Sitzung wurden drei Akte zur Untersuchung der Augen Moriz Scharfs entsendet, um zu konstatiren, ob derselbe Vorgänge in der Tempelvorhalle durch das Schlüsselloch wirklich gesehen haben könne.

Locales und Provinzielles.

Posen, 4. Juli.

d. [Mit der abgelaufenen Landtags-session] können die Polen wohl zufrieden sein, da dieselbe ihnen, als Katholiken, nicht allein das neue kirchenpolitische Gesetz, sondern auch einen Erfolg in Betr. der Unterrichtsfrage beim Religionsunterrichte gebracht hat. Der „Dziennik Pozn.“, der sonst am Schlusse einer jeden Session nur Mißerfolge zu verzeichnen hatte, spricht dies Mal dennach, seit langen Jahren zum ersten Mal, seine Befriedigung über die abgelaufene Session aus. Was das neue kirchenpolitische Gesetz betrifft, so meint er allerdings: dasselbe sei nur als eine Art von Theilzahlung auf die Rechte und Forderungen, welche der katholischen Kirche in Preußen zustehen, und welche derselben durch die Waigesetzgebung gekürzt worden sein, zu betrachten. Vikariate und Kommenden könnten von nun ab Seitens der geistlichen Behörde ohne die Verpflichtung besetzt werden, dies bei der Regierung anzuzeigen und die Erlaubnis dazu einzuholen; es werde also jene traurige Thatsache der Verwaisung der Parochien, sowie die Verfolgung von Geistlichen wegen ungefehliger Abhaltung von Messen und Spendung von Sakramenten, damit ihr Ende erreichen. Was speziell die Verhältnisse in der Archidieze Gnesen-Posen betrifft, so sei es fraglich, wem bei Ermangelung des Erzbischofs das Recht zustehen würde, jene Vakanz zu besetzen, und wen die weltliche Behörde als kompetent dazu anerkennen werde; diese Frage könne vielleicht noch gewisse Schwierigkeiten bieten. — Von höherer Bedeutung für die polnische Sache sei die abgelaufene Session durch den Antrag der polnischen Fraktion in Betreff der Unterrichtssprache und durch die Interpellation in Betreff der Unterrichtssprache bei dem Religionsunterrichte geworden. Der Antrag der Abgg. Stablewski-Kantat in Betreff der Unterrichtssprache sei zwar nicht angenommen worden; aber durch die an denselben sich knüpfenden Erörterungen sei die öffentliche deutsche Meinung auf diesen Gegenstand gelenkt und es seien auf diesem Gebiete auch deutsche Verteidiger der polnischen Forderungen gewonnen worden, wie Schorlemer-Miß und Majunké, und durch die herbeiten Worte der polnischen Abgeordneten, besonders des Abgeordneten v. Stablewski, sei der öffentlichen deutschen Meinung gegenüber ein nicht gering anzuschlagender moralischer Sieg errungen worden. — Was nun die Interpellation der polnischen Fraktion in Betr. der Unterrichtssprache beim Religionsunterrichte betrifft, so sei das wichtigste Resultat dieses Vorgehens, daß dasselbe zum ersten Mal seit undenklichen Zeiten einen wenn auch nur kleinen, so doch jedenfalls vortheilhaften praktischen Erfolg ergeben habe. Ohne das Vorgehen der polnischen Fraktion würde der Religionsunterricht eben solches Mittel zur Germanisirung der polnischen Kinder geworden sein, wie es bereits der Schulunterricht im Allgemeinen ist; die Interpellation habe einem solchen Uebel, Dank dem Gerechtigkeitsgefühl des Herrn v. Gopler, vorgebeugt. Am wichtigsten jedoch sei, daß durch den Erfolg der Interpellation sich die Ueberzeugung befestigt habe: daß es nicht gut sei, bei der nationalen Verteidigung sich einem unzeitigen Pessimismus hinzugeben, daß diese Verteidigung klug und gründlich unternommen, die Anerkennung der öffentlichen deutschen Meinung finde, und den Weg für die Zukunft bahne. Man müsse dennach wünschen, daß die polnische Fraktion auf dem eingeschlagenen Wege konsequent weiter vorschreite.

d. Der polnische Volksbibliothekerverein, welcher sich die Verbreitung von „Volksbildung“ im spezifisch polnischen Sinne unter den niederen Schichten der Bevölkerung durch die Errichtung von möglichst viel Bibliotheken in Städten und Dörfern unserer Provinz zur Aufgabe gestellt hat, leidet andauernd an einem Mangel der zu diesem Ziele erforderlichen sehr erheblichen Mittel. Während für den eisernen Fonds zur Unterstützung des hiesigen polnischen Theaters c. 50,000 Mark beigezeichnet worden sind, hat sich eine gleiche Opferwilligkeit gegenüber dem Volksbibliothekervereine nicht gezeigt. Der „Kurver Pozn.“, der sich selbst stets mit ganz besonderer Vorliebe angenommen hat, richtet nun neuerdings die Bitte an das polnische Publikum, doch für die Zwecke des Vereins nach Kräften beizusteuern, indem er darauf hinweist, daß die Direktion desselben mit weit größerem Erfolge und Augen arbeiten könnte, wenn der Verein die entsprechenden Mittel

besäße und wenn derselbe allen Bedürfnissen der sich meldenden Gemeinden zc. Genüge leisten könnte. „Jeder wahre und das Vertrauen seiner Landsleute bestehende Pole müsse sich als geborener Delegirter und Kolporteur dieses Vereins fühlen.“

d. In Jerszcy fand gestern die Weihung einer Sandsteinfigur, welche die „Mutter Gottes“ darstellt, und sich früher an der Ecke des ehemaligen Stadtrath Au'schen Gebäudes (Alten Markt und Jesuitenstragen-Ecke) befand, statt. Derartige steinerne Heiligenfiguren giebt es noch mehrere an den Ecken einiger Häuser in der Kloster- und in der Jesuitenstraße. Jene Figur, welche, soweit uns erinnerlich, der Gewand- und ganzen Haltung nach zu urtheilen, aus dem Mittelalter stammt, war von dem Wirthe Kemlein in Jerszcy nach Abbruch des Stadtrath Au'schen Hauses angekauft, und nach ihrer Restauration in der Nähe der Durchfahrt, welche unter dem Eisenbahndamme von Jerszcy nach Urbanowo führt, auf einem Postamente aufgestellt worden, welches in polnischer Sprache die Inschrift erhalten hat: „Zu Ehren der allerheiligsten Jungfrau, unserer Schützerin“. Die Weihung dieser Figur, an der die Dorgemeinde Jerszcy, falls der alterthümliche Charakter der Statue durch die „Restauration“ nicht gar zu sehr verloren gegangen ist, jedenfalls ein ganz werthvolles Denkmal erhalten hat, fand durch den Pfarrverweser Chrusztowicz von der St. Adalberts-Kirche statt.

Aus dem Gerichtssaal.

A Bromberg, 2. Juli. [Schwurgericht: Nordprozeß.] Heute begann unter dem Vorstehe des Landgerichtsdirektors Schuster die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode. Der erste zur Verhandlung gefommene Fall betraf das schwere Verbrechen des Mordes, angeklagt desselben war der Fiskler Jakob Czaplewski aus Grona a. B. — Am 9. April d. J. war der Angeklagte mit verschiedenen anderen Fisklern, darunter einem gewissen Storzewski, auf der an der Brabe gelegenen Holzablagestelle in Wielonetz mit Verbinden von Langholz beschäftigt. Da es an Verbandholz fehlte, so wurde der Angeklagte mit noch zwei andern Fisklern, darunter der schon oben genannte Anton Storzewski, nach der Ablagestelle in Braberode geschickt. Dasselbst wurde eine Quantität Verbandholz zu einem kleinen Flosse, einem sogenannten „Neste“ zusammengefügt und letzteres vom Ufer in die Brabe gelassen. Während der Angeklagte erst ein zweites Nest verbinden wollte, drang Storzewski darauf, das bereits fertig gestellte Nest nach Wielonetz zu stoßen; er löste die Leine, mittels welcher das Nest am Ufer festgebunden war und stand im Begriffe allein abzufahren. Als der Angeklagte das bemerkte, sprang er über eine im Flusse liegende Kraft hinweg auf das Nest und gerieth mit Storzewski in ein Handgemenge, in dessen Verlaufe er den letztern ins Wasser stürzte. Der Angeklagte packte den Storzewski, der nur mit dem Kopfe aus der Fluth emporragte, am Kragen und zog ihn einige Minuten lang neben dem Neste her durch das Wasser. Erst als auf den Hilferuf des Storzewski die übrigen am Ufer befindlichen Fiskler den Angeklagten beobachteten, zog dieser den Storzewski aus dem Wasser wieder auf das Nest. Beide fuhren nun die Brabe abwärts nach Wielonetz zu. Theils aus Neugierde, theils aus Besorgniß über den weiteren Verlauf der Sache beobachteten die in Braberode zurückgebliebenen Fiskler von einem erhöhten Standpunkte vom Ufer aus das allmählich weiter stromabwärts treibende Nest und nahmen in der Entfernung von mehreren hundert Schritten wahr, wie der Angeklagte den arglös an der Spitze des Flosses stehenden und letzteres mittels eines Bootshakens vom Ufer abhaltenden Storzewski von hinten ins Genick packte und in's Wasser stieß. Nachdem Storzewski noch einigemal Rettung suchend mit den Händen um sich geschlagen hatte, ging er unter und erkrank. Der Angeklagte fuhr, ohne sich um den Ertrunkenen irgend wie zu bekümmern, mit dem Flosse weiter. Ueber den Verbleib des Storzewski befragt, gab er an, derselbe sei unterwegs vom Neste ans Land gesprungen. Die Leiche des St. ist erst am 28. Mai in Braberode unterhalb Wielonetz zum Vorschein gekommen. — Der Angeklagte bestritt, den Storzewski hinterrücks in's Wasser gestoßen zu haben. Unterwegs sei er mit demselben wieder in Streit gerathen und er habe beabsichtigt an's Land zu gehen. Um dieses auszuführen, habe er dem St. den Bootshaken fortnehmen wollen, bei dem Ringen um denselben sei sein Gegner in's Wasser gefallen und ertrunken. Obgleich seitens der Zeugen dieser Darstellung widersprochen wird, so läßt dennoch die Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Mordes, wenn auch nicht fallen, so doch nicht in ihrem ganzen Umfange bestehen, stellt vielmehr die Beantwortung der Schuldfrage wegen Mordes den Geschworenen anheim, führe andererseits aber aus, daß dann mindestens das Vergehen der Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge vorliege resp. fahrlässige Tödtung. Die Geschworenen verneinten die Frage wegen Mordes, bejahten aber die gestellte Frage wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge unter Verneinung der Frage in Bezug auf mildernde Umstände und der Gerichtshof erkannte auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren. — Morgen kommt wiederum eine Anklage wegen Mordes zur Verhandlung. Die Angeklagte ist die Eigenthümerin Karoline Schulz aus Jägerhof, welche beschuldigt wird, ihre 74 Jahr alte Schwiegermutter ermordet zu haben.

Staats- und Volkswirtschaft.

Frankfurt a. M., 3. Juli. [Die Verwaltung der deutschen Handelsgesellschaft] beabsichtigt, die Vereinigung der stillen Gesellschafter von ihrer Anstalt abzutrennen und dieselbe als eine besondere Bank zu konstituiren. Dieselbe soll die Firma „Industrie- und Kommerzbank zu Frankfurt a. M.“ führen. Das Aktienkapital wird gebildet durch die Kredittheilnehmer, welche für den sechsten Theil der ihnen gewährten Kredite Aktien Lit. A. zu nehmen und voll zu bezahlen haben und durch 5,000,000 M. in A.-Aktien Lit. B., welche zur besseren Fondirung der Bank von Freunden der Handelsgesellschaft fest übernommen werden. Die Aktien Lit. B. genießen das Vorzugsrecht einer Dividende bis zu 5 pSt. und in ungünstigen Jahren einer Ergänzung ihrer Dividende bis zu 5 pSt. aus dem Reserfonds, erst nach Vergütung dieser 5 pSt. und einer ersten Dotirung des Reserfonds erhalten die Aktien Lit. A. aus dem verbleibenden Ueberschuß eine Dividende von 4 pSt. Der Nettogewinn wird nach einer weiteren Dotirung des Reserfonds und Zahlung der Tantiemen zwischen den A- und B-Aktionären pro Rate ihres eingezahlten Kapitals vertheilt. Das neue Institut soll in der deutschen Handelsgesellschaft einen Rückhalt für die Beschaffung des etwa weiter notwendigen Betriebskapitals finden, die deutsche Handelsgesellschaft würde dagegen fernerhin auf denselben Kreis von Geschäften verzichten, deren Betrieb sie an das neue Institut abgibt.

Wien, 3. Juli. Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 30. Juni. *)

Notenumlauf	360,800,000	Jun. 11,900,000	fl.
Metallschatz in Silber	119,900,000	unverändert	
do. in Gold	68,400,000	unverändert	
In Gold zahlb. Wechsel	11,100,000	Jun. 100,000	„
Portefeuille	151,100,000	Jun. 11,900,000	„
Lombard	23,700,000	Jun. 1,500,000	„
Hypotheken-Darlehen	88,100,000	unverändert	
Pfandbriefe in Umlauf	83,300,000	unverändert	

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 23. Juni.

Pernisches.

* Stark im Glauben. In Frankreich hat sich eine Gesellschaft unter Leitung des Abbe Moigno gebildet, um die Wagen des Pharao, welche im Rothen Meere verunken sind, wieder ans Tageslicht zu bringen. Nach des gelehrten Abbe's Ansicht sind die Wagen und Reiter und alle die Macht des Pharao, welche das Meer verschlungen,

Produkten-Börse.

Berlin, 3. Juli. Wind: S.O. Wetter: Drückend heiß.
Flau auswärtige Meldungen veranlassen zwar heute den matten Marktbeginn, aber man sah es dem Verkehr an, daß die erwarteten Rückgänge nicht eintreten würden. In der That gestaltete sich denn auch der weitere Verlauf entschieden fest.
Loko-Weizen fest, aber still. Termine setzten unter dem Einbrüche der flauen englischen und amerikanischen Berichte etwas niedriger ein, erwiesen sich aber gegenüber mäßigem Angebot so schwach offeriert, daß Course namentlich für nahe Sichten in Folge der schwächeren und wenig coursfreudigen Kündigungen eine schnelle und merkliche Steigerung erlitten, so zwar, daß der Report erheblich zusammenhing.
Loko-Roggen hatte einigen Handel zu etwas besseren Preisen. Der Terminhandel verlief ähnlich wie der in Weizen. Auch hier war die erwartete Flau schwer zu gewahren — im Gegentheil konnte die unter dem Einfluß der tropischen, dem Feldstände wenig günstigen Hitze vorhandene Kauflust erst zu merklich gebesserten Courfen befriedigt werden, so daß eine Besserung von etwa 1 M. sich bis zum Schlusse behaupten konnte.
Loko-Safer fest, besonders in feiner Waare. Termine wesentlich höher und lebhaft. Roggenmehl besser. Mais still.
Rüböl bei behaupteten Preisen wenig belebt. Petroleum höher. Spiritus setzte fest ein und wurde unter regem Speculationsbegehre merklich theurer bezahlt. Als aber im weiteren Verlaufe die fortwährend starke Kündigung Realisationen erzwang, verflaute der Markt, und am Schlusse waren die Course fast ganz wie gestern und die Haltung von Neuem befestigt.
(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 145—210 Mark nach Dual, gelbe Lieferungsqualität 187 M., feiner gelber —, geringer weißer markt. — ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per

Juli-August 186—188,25 M. bez., per August — M. bez., per August-September — bez., per September-October 190,5—192 M. bezahlt, per October-November 193,5—194 bez., Gefündigt 23,00 Str. per 1000 Kilogr.
Roggen per 1000 Kilogramm loco 137—146 nach Qualität, Lieferungsqualität 145 M., russ. — M. frei Haus bez., polnischer — ab Bahn bez., inländischer guter 142—144 ab Bahn bezahlt, mittel —, feiner —, geringer — M., geringer polnischer — M. mittel —, defekter —, ordinär —, per diesen Monat 144,25—145,5—145,26 bez., per Juli-August 144,25—145,5—145,25 M. bez., per August-September —, per September-October 147,5—148,5 per October-November 149—149,75—149,5 Mark bez., per November-December 150—150,75 bis 150,4 bez., — Kündigungspreis — Mark. Gefündigt 131,000 Str.
Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 132—180 nach Qualität, schleifische mittel 140 M., Oberbrücker — M., geringe markt. — M., märkische — ab Bahn bez., Futtergerste 138 bez.
Safer per 1000 Kilogr. loco 132—165 nach Qualität, Lieferungsqualität 136 M., pomm. 142—146 bez., preussischer mittel. 140 bez., ordinär — M. bezahlt, fein 153—155, fein 143—150, russischer geringer 135—136 ab Bahn bez., mittel schleifischer 142 bez., feiner schleifischer 147—152 bez., pomm. — M. bez., guter —, geringer —, per diesen Monat —, per Juli-August 135,5—137 bez., per September-October 140,75—141—140,5—141,5 bez., per October-November 140,5 bis 141,5 bez., per November-December 141,5 nom. Kündigungspreis — M. per — Kilo. Gefündigt — Str.
Mais loco 139—142 nach Dual, per diesen Monat — M. nom. Gefündigt — Str.
Erbsen Kochwaare 170—220, Futterwaare 150—165 M. per 1000 Kilogramm nach Qualität.
Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Saft. Loko

per diesen Monat und per Juli-August 26,5 B., per August-Septbr. —, per September-October —, Gefündigt 800 Str. Termine matt.
Trockene Kartoffelfstärke per 100 Kilogramm brutto incl. Saft. Loko, per diesen Monat und per Juli-August 26,5 M. B., per Juli-August gestern 26,25 M. bez., per August-September —, per September-October — bez., Gefündigt — Str. Termine matt.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversehrt incl. Saft per diesen Monat 20,50 M. bezahlt, per Juli-August 20,50 M. bezahlt, per September-October 20,85 M. bez., per October-November 21 Mark bezahlt. Gefündigt 3500 Str.
Weizenmehl Nr. 00 27,50—25,25, Nr. 0 24,75—23,25, Nr. 0 u. 1 23,00—21,00. Roggenmehl Nr. 0 22,25—21,25, Nr. 0 u. 1 20,50 bis 20,00. Feine Marken über Notiz bezahlt.
Rüböl per 100 Kilogramm loco mit Faß — ohne Faß 66 M. bez., per diesen Monat 64 M. Bd., per September-October 60,2 bis 60,4—60,3 bez., per October-November 60,6—60,7 M. bez., per November-December 61 bez., Gefündigt — Bentner.
Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Fosten von 100 Kilo., loco — per diesen Monat 24 M., per September-October 23,7 M., per October-November — M., per November-December —, — M. bez., Gefündigt — Str. Durchschnittspreis — M.
Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 57,8 M. bezahlt, abgelassene Anmelungen — bezahlt loco mit Faß —, mit leihweisen Gebinden bez., ab Speicher — bezahlt, frei Haus — M., per diesen Monat 57—57,4—56,8 bis 57 bez., per Juli-August 57—57,4—56,8—57 M. bez., per August — M. bez., per August-September 57,5—57,8—57,5 bezahlt, per September — bez., per September-October 55,1—55,3—55,2 M. bez., per October — bez., per October-November 53,7—53,5 bez., per November-December 52,6—52,8—52,5 bez. Gef. 1,670,000 Liter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 3. Juli. Der Verkehr blieb am heutigen Markte derartig gering, daß eine bestimmte ausgeprägte Tendenz nicht zum Ausdruck kommen konnte. Die lustlose Haltung, welche gestern der Börse den Charakter gegeben hatte, trat heut fast noch mit größerer Schärfe auf. Wie bereits an dieser Stelle erwähnt, ist nach dem Ultimo eine wesentliche Erleichterung im Geldverkehr eingetreten und in diesem verlor der heute veröffentlichte Ausweis der Reichsbank vom 30. Juli, welcher eine starke Inanspruchnahme der Bank für die letzte Juni-Woche konstatierte, sehr an Bedeutung. Die Wechselbestände haben eine Zunahme

von 48 1/2 die Lombardbestände eine solche von 38 Millionen Mark erfahren und im Giroverkehr wurden der Bank 24 1/2 Millionen Mark entzogen. Dedung fand dieser Abfluß von 110 1/2 Millionen Mark durch Vermehrung des Notenumlaufes von 96 Millionen Mark und ferner wurden dem Barvorrath 23 1/2 Millionen Mark entzogen. Aber da diese Veränderung mit Sicherheit vorausgesehen werden konnte, da ferner erfahrungsgemäß bereits in den ersten Tagen ein starker Rückstrom zur Bank einzutreten pflegt, so konnte der Ausweis auch keinesfalls einen Grund zur Beunruhigung bieten. Unter anderen Umständen hätte ein deprimirender Einfluß nicht ausbleiben können. Heute beschäftigte man sich wiederum etwas mehr mit den Choleraemidungen.

Der Verkehr blieb auf allen Gebieten auf das Aeusserste beschränkt, selbst einheimische Eisenbahnaktien waren meist vernachlässigt. Marienburger haben einen blässlichen, nicht ganz unbedeutenden Rückgang erlitten. Per ultimo Juli notiren: Franzosen 559, Lombarden 263 bis 7,50—8, Kredit-Aktien 569—6,50, Darmstädter Bank 155,60—5,25, Diskonto-Kommandit-Antheile 196,75—5,90—196, Deutsche Bank 150,75—50,90, Dortmunder Union 96,50—6,25, Laurahütte 133,10 bis 2,90, Dreybühler Südbahn 118,80—17,75—18, Marienburg-Mlanfa 105,10—3,10—3,40—3, Westfälische Eisenbahn 87,40 bez. und Bd., Rostocker Stadt-Anleihe 93,30 bez. und Bd. — Schlag schwach.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Eine Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Stärke, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd., Reichsbank, etc. Includes various financial data and stock prices.